

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheitsgrund</u>
Herr Täschner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzverwaltung	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Herr Mißbach	Fachgebietsleiter Betriebswirtschaft/Liegenschaften	zu allen TOP
Herr Heinze	Kulturreferent	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- u. Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiter Kulturbetrieb	öffentlicher Teil
Frau Schicker	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Fachgebietsleiter Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Organisation	bis TOP 3.2.

Weitere Sitzungsteilnehmer:

<u>Name</u>	<u>Anwesenheitsgrund</u>
von den Fraktionsgeschäftsstellen:	
Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Klug, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter des JUPP	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Stadtrates am 19.11.2013
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.11.2013
 - 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Information**
 - 2.1. Information des Jugendparlaments der Stadt Plauen (JUPP) über die Aktivitäten des Jahres 2013 mit Ausblick auf die Wahlen im März 2014
 - 2.2. Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 828/2013
- 3. Beschlussfassung**
 - 3.1. Terminbestimmung für die Wahl des Oberbürgermeisters und den etwa notwendigen zweiten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl 2014
Drucksachenummer: 815/2013
 - 3.2. Stellenplan 2014
Drucksachenummer: 831/2013
- Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Reg. Nr. 255-13**

- 3.3. Feststellung der Jahresrechnung 2012
Drucksachennummre: 830/2013
- 3.4. Verlängerung Einzelhandelskonzept
Drucksachennummer: 823/2013
- 3.5. Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes der Stadt Plauen 2014
Drucksachennummer: 825/2013
- 3.6. Außerplanmäßige Aufwendungen für Postgebühren, die durch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe gedeckt sind
Drucksachennummer: 808/2013
- 3.7. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 15.11.2011
Drucksachennummer: 812/2013
- 3.8. Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes GAV
Drucksachennummer: 816/2013
- 3.9. Vorzeitige Ablöse von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet "Burgstraße"
Drucksachennummer: 826/2013
- 3.10. Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung eines Arbeitspapiers zur Fortführung des Grundlagenvertrages für das Theater Plauen-Zwickau,
Reg. Nr. 251-13
- 4. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 49. Sitzung des Stadtrates wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, und Stadtrat Karl-Jörg Rößiger, Fraktion DIE LINKE., bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer ändert die Tagesordnung des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung aus aktuellem Anlass wie folgt:

3.10. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für die Grundausrüstung der städtischen Wasserwehr
(NEU) **Drucksachennummer: 835/2013**

3.11. Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung eines Arbeitspapiers zur Fortführung des Grundlagenvertrages für das Theater Plauen-Zwickau,
Reg. Nr. 251-13

1.1. Tagesordnung

siehe TOP 1.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Stadtrates am 19.11.2013

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 48. Sitzung des Stadtrates am 19.11.2013 fest.

1.3. **Beantwortung von Anfragen**

keine offenen Anfragen

1.4. **Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.11.2013**

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt, eine noch zu vermessende Fläche im Industrie- und Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa Teil 2a antragsgemäß zu veräußern und sie hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.

1.5. **Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über den neuen Flyer der Plauener Bürgerstiftung und wirbt für Spenden. Er teilt mit, dass die Bürgerstiftung zum diesjährigen Spitzenfest das erste Mal eine Ausschüttung an gemeinnützige Vereine der Stadt Plauen vorgenommen hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer berichtet, dass zwischen den Finanzverantwortlichen der Städte Zwickau und Plauen eine große Gesprächsrunde bezüglich der Finanzierung des Theaters Plauen-Zwickau stattgefunden hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass die Stadt Plauen seit der Kreisreform 2008 keine Finanzausstattung für kreisfreie Angelegenheiten mehr bekommt. Im Vertrag mit der Stadt Zwickau, welcher noch bis 2015 gültig ist, wurde gegen gesteuert und Haustarife für das Theater verhandelt. Es sollte auch bedacht werden, dass in den letzten Jahren viele Investitionen für das Theater zur Verfügung gestellt wurden.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt zum Vergleich andere kreisangehörige Städten in Sachsen an, wobei hier die Theater auch mit über den jeweiligen Landkreis finanziert werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer vertritt die Meinung, dass eine Beibehaltung des Theaters Plauen-Zwickau im jetzigen Umfang nur mit der Beteiligung der beiden Landkreise erfolgen kann.

2. **Information**

2.1. **Information des Jugendparlaments der Stadt Plauen (JUPP) über die Aktivitäten des Jahres 2013 mit Ausblick auf die Wahlen im März 2014**

Nele Wolfram, Mitglied des Jugendparlaments der Stadt Plauen, berichtet anhand einer Bildschirmpräsentation über die Veranstaltungen des Jugendparlaments im Jahr 2013.

2.2. **Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Plauen** *Drucksachenummer: 828/2013*

Herr Mißbach, Fachgebietsleiter Betriebswirtschaft/Liegenschaften, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Plauen, einschließlich der Beteiligungsberichte 2012 der Zweckverbände, und die Berichterstattung der Aufsichtsräte der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung lt. Anlage zur Kenntnis.

3. **Beschlussfassung**

3.1. **Terminbestimmung für die Wahl des Oberbürgermeisters und den etwa notwendigen zweiten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl 2014** *Drucksachenummer: 815/2013*

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

1. Der Tag der Wahl des Oberbürgermeisters wird auf den 15.06.2014 festgesetzt.
2. Der Tag des etwaigen zweiten Wahlgangs zur Oberbürgermeisterwahl wird auf den 29.06.2014 festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-1

3.2. **Stellenplan 2014 - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Reg. Nr. 255-13** *831/2013*

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage anhand einer Bildschirmpräsentation.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass diese Präsentation der Niederschrift zur heutigen Sitzung als Anlage beigefügt wird.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob sich mit dem relativ niedrigen Personalspiegel die Aufgaben der Stadt erledigen lassen.

Frau Karliner antwortet, dass die Untersuchungen durch die Organisationsabteilung ergeben hat, dass es definitiv nicht zu wenige Stellen für die anfallenden Aufgaben sind.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, fragt zum Antrag, Reg. Nr. 255-13, nach, welche Aufgaben jetzt bei der Stadt weg gefallen, welche noch da sind und wie viel Zeit für die Ausführung der stadteigenen Aufgaben benötigt wird. Dies lässt sich nach Meinung von Stadtrat Kett nicht aus der Stellungnahme der Verwaltung zum o. g. Antrag entnehmen.

Stadtrat Klaus Gerber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion, **Reg. Nr. 255-13**. Für seine Fraktion ist die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag enttäuschend.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., hält es für ein brisantes Problem, dass das bisherige Fachgebiet Umwelt nicht mehr beibehalten werden soll.

Bei Umweltangelegenheiten handelt es sich nach Meinung von Stadtrat Jäger um zentrale Aufgaben, wie z. B. die Luftreinhalteproblematik, Lärm-, Umwelt-, Naturschutz, die Sanierung kommunaler Altlasten usw. die sich auf die Lebensqualität der Menschen auswirken.

Seine Fraktion kann unter diesen Umständen zum größten Teil der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, kann den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Reg. Nr. 255-13**, nicht nachvollziehen. Den vorgestellten Stellenplan hingegen unterstützt die CDU-Fraktion. Der vorgeschlagene Weg zur Strukturänderung im bisherigen Fachgebiet Umwelt ist eine gute Lösung.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er verpflichtet ist, bei jeder Stelle in der Verwaltung dafür zu sorgen, dass die Aufgaben so kostengünstig wie möglich durchgeführt werden. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nach seiner Meinung nicht zu fördern.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert, dass bei Übertragung der Aufgaben des bisherigen Fachgebietes Umwelt an den Landkreis insgesamt 12 hoch qualifizierte Stellen (u.a. Untere Abfallbehörde, Untere Wasserbehörde) an den Landkreis übergegangen sind. 9 Stellen verblieben in der Stadt Plauen.

Wenn es gewünscht ist, dass der Umweltschutz nicht nur ideologisch betrachtet wird, sondern auch in die städtebauliche Entwicklung einfließen soll, ist Bürgermeister Sárközy der Meinung, dass die in der Stadt verbliebenen Mitarbeiter genau dort eingesetzt werden sollten, wo die Konzeptionen erstellt werden, z. B. im Bereich Stadtentwicklung/Stadtplanung.

Der Schwerpunkt Unterhaltung von Grünflächen und Gewässerpflege ist sehr verwandt mit den Aufgaben im Fachgebiet Tiefbau, so dass eine Zusammenfassung dieser Bereiche für sinnvoll erachtet wird.

Den Vorschlag der externen Ausschreibung einer Stelle mit 0,75 %, um einen Ansprechpartner in Sachen Umwelt direkt in der Stadtverwaltung zu haben, hält Bürgermeister Sárközy auch im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage für ausreichend und sinnvoll.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Reg. Nr. 255-13** zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. Der Stellenplan 2014 – Drucksachenummer: 831/2013, wird bezüglich der Fachgebietsleiterstelle Umwelt (im Stellenplan des HH-Entwurfs 2014 unter der Kostenstelle 2-60-201 FGL Umwelt gelistet) wird auf volle Stelle (1,0) geändert.
2. Die Stelle wird umgehend intern und extern neu ausgeschrieben mit dem Ziel, noch im I. Quartal 2014 die Stelle wiederbesetzen zu können.

Abstimmungsergebnis: mit 8 Ja-Stimmen bei 31 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern wird der Antrag abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 49/13-2

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Stellenplan für das Jahr 2014 mit den in der Anlage aufgeführten Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-3

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Zustimmung, nach der Pause den Tagesordnungspunkt 3.11. vorzuziehen, um die Wartezeit der zahlreich anwesenden Bürger zu verkürzen.

Die Mitglieder des Stadtrates stimmen der Änderung der Tagesordnung zu.

3.11. Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung eines Arbeitspapiers zur Fortführung des Grundlagenvertrages für das Theater Plauen-Zwickau, Reg. Nr. 251-13

Oberbürgermeister Oberdorfer wiederholt seine Ausführungen zur Situation des Theaters Plauen-Zwickau von TOP 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion, Reg. Nr. 251-13. Er weist auf redaktionelle Änderungen im Antrag hin, welche im Antrag, Reg. Nr. 251-13 NEU (wurde vor der Sitzung ausgereicht), aufgeführt sind.

Nach Meinung von Stadtrat Kett sollte man sich nicht nur auf den Versuch verlassen, die Finanzverteilung auf breitere Schultern zu legen, d. h. die Landkreise mit in die Pflicht zu nehmen. Es muss damit gerechnet werden, dass dies nicht gelingt und dann sollte ein Plan B vorhanden sein. Es ist notwendig, dass die Stadtverwaltung dem Stadtrat Vorstellungen über die künftige Form der Leistungserbringung für das Theater vorlegt. Er bittet dringend um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen wird. Es ist wichtig, dass ein Konzept vorliegt, bevor der neue Stadtrat im nächsten Jahr seine Arbeit aufnimmt.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass der Antrag der SPD-Fraktion in die richtige Richtung führt. Auch seine Fraktion wird zustimmen.

Stadtrat Gerbeth erklärt, dass der Freistaat Sachsen viel stärker in die Pflicht genommen werden sollte, als dies bisher mit dem Kulturraumgesetz der Fall war.

Auch die Fraktion von Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, wird dem Antrag zustimmen. Auch sie vertritt die Meinung, dass versucht werden sollte, die Landesregierung bei der Mitfinanzierung des Theaters stärker zu fordern.

Stadträtin Hänsel fragt nach, wo die ca. 100 TEUR verbleiben, die das Theater Plauen-Zwickau für Aufführungen im Parktheater an den Parktheaterverein zahlt. Soweit bekannt ist, muss der Park-theaterverein keine Pacht an die Stadt Plauen für das Gelände zahlen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Klärung der Frage im nächsten Kulturausschuss.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass die Stadt Plauen vorher mit dem Landkreis bezüglich einer Mitfinanzierung hätte reden müssen. Was das Theater selbst angeht, so wären dort die „Hausaufgaben“ gemacht worden.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, fragt nach, ob der Oberbürgermeister einen Plan hat, falls wieder ein NEIN bezüglich der Mitfinanzierung von den beiden Landkreisen kommt.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die von ihm zu Anfang vorgetragene Statistik zeigt, was eine normale Struktur für ein Theater in einer kreisangehörigen Stadt wäre und dass man sich dahin entwickeln müsste. Es sollte versucht werden, mehrere Träger an der Gesellschaftsstruktur des Theaters Plauen-Zwickau zu beteiligen.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, bis zum 20.01.2014 (Übergabe an die Fraktionen) ein Arbeitspapier zur Fortführung des Grundlagenvertrags für das Theater Plauen-Zwickau mit folgenden Inhalten vorzulegen:

1. Vorstellungen der Verwaltung zum künftigen Strukturkonzept des Theaters
2. Vorstellungen zur Form der Leistungserbringung sowohl der internen Leistung (Theateraufführungen) als auch der externen Leistungen (Musikschule, Kirchenmusik,...)
3. Vorstellungen zur künftigen Finanzierung
4. Vorschlag zur dauerhaften Ablösung des Haustarifvertrags
5. Zeitplan bis zur Beschlussfassung über den Grundlagenvertrag

Das Arbeitspapier ist Grundlage für die Beratungen über die Fortschreibung des Grundlagenvertrags und wird Beratungsgegenstand der Kulturausschusssitzung vom 06.02.2014.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-4

3.3. Feststellung der Jahresrechnung 2012

Drucksachenummer: 830/2013

Herr Uebel, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, erläutert den Inhalt der Informationsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt nach der Durchführung der örtlichen Prüfung gemäß § 104 SächsGemO die Jahresrechnung 2012 mit

Einnahmen	von 131.340.672,94 EUR
Ausgaben	von 131.340.672,94 EUR

fest und nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Jahresrechnung 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-5

3.4. Verlängerung Einzelhandelskonzept

Drucksachenummer: 823/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SDP-Fraktion, erinnert daran, dass die Verlängerung der Erstellung des neuen Einzelhandelskonzeptes letztlich dadurch zustande kam, weil bei bestimmten Positionen Nachbesserungs- bzw. Gesprächsbedarf gesehen wurde. Es ist wichtig, auch in dieser Ergänzungsphase den Stadtrat mit einzubinden.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Verlängerung des Einzelhandelskonzeptes aus. Er bedankt sich bei Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, für sein Engagement, das Konzept nochmals zu überarbeiten.

Als Hinweis an die Wirtschaftsförderung gerichtet, ist Stadtrat Zenner der Meinung, dass offensichtlich auch das Problem der Rechtssicherheit eines solchen Konzeptes temporär zu lösen wäre.

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, teilt mit, dass eine Beteiligung des Stadtrates bei der Erstellung des Einzelhandelskonzeptes durchgeführt wird, bevor das Unternehmen das Konzept redaktionell fertig schreibt.

Vorher werden mit dem Unternehmen die städtischen Argumente ausgetauscht, so dass der Stadtrat dann eine abgestimmte Meinung vorgelegt bekommt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt,

1. die Verlängerung der Laufzeit des 2007 vom Stadtrat beschlossenen Einzelhandelskonzeptes bis zum Beschluss der Fortschreibung des neu erstellten Einzelhandelskonzeptes durch den Stadtrat, jedoch längstens bis 30.06.2014.
2. überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen in 2013 für die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes in Höhe von 7.239,90 EUR.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-6

3.5. Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes der Stadt Plauen 2014

Drucksachenummer: 825/2013

Frau Fischer, Leiterin des Kulturbetriebes, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, bittet bis zum nächsten Kulturausschuss am 9. Januar 2014 um folgende Beantwortung:

Was würde im Vogtlandkonservatorium an Lehrpersonal aus dem Orchesterbereich weg fallen, wenn das Theater Plauen-Zwickau nicht mehr so weiter geführt werden könnte, wie es der derzeitige Grundlagenvertrag vorsieht. Kann dies dann kompensiert werden?

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kulturbetrieb der Stadt Plauen für das Jahr 2014 mit Erträgen in Höhe von 3.574.154,00 EUR und Aufwendungen in Höhe von 3.817.037,00 EUR, somit einem Verlust in Höhe von 242.883,00 EUR im Erfolgsplan, mit einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von -105.300,00 EUR, mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von -132.600,00 EUR und einem Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 0 EUR im Liquiditätsplan.
2. Der Gesamtbetrag der Kredite aus Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 0 EUR festgesetzt.
3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 EUR festgesetzt.
4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 250.000,00 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-7

3.6. Außerplanmäßige Aufwendungen für Postgebühren, die durch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe gedeckt sind
Drucksachenummer: 808/2013

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Auf Anfrage von Stadtrat Ralf Bräunel, CDU-Fraktion, ob die gesamten Gebühren für Dritte anfallen oder auch ein Anteil der Stadt Plauen enthalten ist und ob hier Gewinne erzielt werden können, antwortet Herr Grasse, Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, dass die Gebühren i. H. v. 259 TEUR nur zu 28,6 % für die Briefe der Stadt Plauen anfallen. Ein großer Teil fällt für die Post des Landratsamtes und ein geringerer Teil für den Rettungsdienst an. Für die Leistungen, die durch die Poststelle der Stadt Plauen für Dritte erbracht werden, werden keine Gewinne aber auch keine Verluste erwirtschaftet.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt außerplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 259.000 EUR für Postgebühren, die durch außerplanmäßige Erträge in gleicher Höhe gedeckt sind.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-8

3.7. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 15.11.2011
Drucksachenummer: 812/2013

Herr Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Er weist darauf hin, dass die Erhöhung der Krippenbeiträge keine Maßnahme der Haushaltskonsolidierung ist, auch wenn sie auf der diesbezüglichen Liste aufgeführt ist.

Die Erhöhung der Beiträge wurde von der Rechtsaufsicht des Vogtlandkreises unter Bezugnahme auf das Sächsische Kindertagesstättengesetz gefordert. In diesem Gesetz werden Unter- bzw. Obergrenzen vorgegeben, wie sich die Eltern an den Beiträgen zu beteiligen haben.

Durch die geplante Erhöhung des Beitrages um 10 EUR pro Monat ergibt sich ein Betrag von 23 Cent über die im Gesetz vorgegebene Untergrenze.

Somit wird also lediglich der gesetzlich geforderte Zustand hergestellt. Eltern, die Leistungsempfänger sind, erhalten diesen erhöhten Beitrag vom Vogtlandkreis als Sozialhilfeträger erstattet.

Herr Täschner bittet um folgende Ergänzung in der Satzung, welche der Verwaltungsvorlage beigelegt ist:

Artikel 2 – Inkrafttreten

Die Satzung tritt am **01.03.2014** in Kraft.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass ihre Fraktion dieser Erhöhung nicht zustimmen kann. Nach ihrer Meinung betrifft die Erhöhung meist die Familien, die keine Leistungsempfänger sind und alles selbst tragen müssen. Hier können 10 EUR viel Geld sein.

Stadträtin Seidel fordert die Mitglieder des Stadtrates auf, gegen diese Erhöhung zu stimmen und damit ein Zeichen zu setzen, dass Bürgerpolitik in die richtige Richtung wirkt.

Nach Meinung von Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, sollte die Erhöhung in kleineren jährlichen Schritten erfolgen.

Außerdem sollte gleichzeitig über eine Erhöhung des Leistungsangebotes in den Kindertagesstätten nachgedacht werden.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, legt einen Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer: 812/2013 mit folgendem Inhalt vor:

1. der Beschlusstext der Drucksache 812/2013 wird Punkt 1

2. folgender Punkt 2 wird angefügt:

Der Oberbürgermeister legt bis zum 31.03.2014 dem Stadtrat einen Vorschlag zur Ergänzung des Leistungsangebotes für Kinderkrippen zur Beschlussfassung vor.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Erhöhung um 10 EUR bei den Kinderkrippen handelt. 20 % Beteiligung an den Kosten für die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung ist zumutbar. Es handelt sich um eine Anpassung an die vorgeschriebenen Gebührensätze. Im Vergleich zum Vogtlandkreis hat die Stadt Plauen günstige Beiträge.

Den Antrag der SPD-Fraktion kann Stadtrat Weiß nicht nachvollziehen. Es handelt sich hier nicht um eine Leistungsdebatte, sondern um den Anstieg der Betriebskosten, der mit der Erhöhung ausgeglichen werden soll.

Stadtrat Kett stellt klar, dass der Antrag seiner Fraktion keine Kritik an den Leistungsangeboten der Einrichtungen darstellen soll.

Stadträtin Gabriele Weiß, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann den Argumentationen von Herrn Täschner und Stadtrat Hansjoachim Weiß folgen. Sie wird der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, wirbt für die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage ohne die o. g. Ergänzung der SPD-Fraktion.

Außerdem weist sie ausdrücklich darauf hin, dass der Jahresabschluss 2012 - trotz eines günstigeren Abschlusses als geplant - deutlich macht, dass ein erhebliches strukturelles Defizit vorliegt.

Die Tilgung konnte nicht in vollem Umfang erwirtschaftet werden und die Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan 2012 ist der Tatsache geschuldet, dass eine Firma einmalig Gewerbesteuernachzahlungen in großem Umfang leisten musste.

Herr Täschner gibt zu bedenken, dass durch eine Leistungsänderung in den Kindertagesstätten – z. B. durch zusätzliches Personal – eine Spirale in Gang gesetzt wird, die dazu führt, dass im nächsten Jahr die Beiträge wieder angepasst werden müssen. Denn diese zusätzlichen Personalkosten fließen in die Betriebskostenabrechnung des jeweiligen Jahres ein und müssen wiederum ausgeglichen werden. Er glaubt nicht, dass das von den Eltern so gewünscht wird. Er ist eher der Meinung, dass die Eltern mit den Leistungsangeboten der Einrichtungen zufrieden sind.

Dass man einiges besser machen kann, zeigt die Initiative, die von der Volkssolidarität Plauen unterstützt wird, den Personalschlüssel in den Einrichtungen gesetzlich anheben zu lassen, um damit vom Freistaat Sachsen mehr Geld für diese Leistungen zu erhalten.

Alles was von der Stadt Plauen einzeln unternommen wird, ohne dass der Personalschlüssel vom Freistaat Sachsen verändert wird, fließt voll in die Personalkosten mit ein. Die Folgen können nicht beziffert werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer: 812/2013 zur Abstimmung auf:

1. der Beschlusstext der Drucksache 812/2013 wird Punkt 1

2. folgender Punkt 2 wird angefügt:

Der Oberbürgermeister legt bis zum 31.03.2014 dem Stadtrat einen Vorschlag zur Ergänzung des Leistungsangebotes für Kinderkrippen zur Beschlussfassung vor.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen bei 33 Anwesenden mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 49/13-9

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft zur Abstimmung der Verwaltungsvorlage, *Drucksachennummer: 812/2013*, mit der **Ergänzung des Inkrafttretens der Satzung am 01.03.2014** zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung).

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-10

3.8. Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes GAV

Drucksachennummer: 816/2013

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung (EB GAV), erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bittet zur Sitzung des Finanzausschusses (gleichzeitig Betriebsausschuss GAV) am 23.01.2014 um Information zu Strukturänderungen im Eigenbetrieb GAV. Er möchte wissen, warum diese Änderungen durchgeführt wurden und welchen Effekt diese Änderungen erzielt haben.

Stadtrat Klaus Gerber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um Prüfung, ob die Fassade des Asylbewerberheimes eher saniert werden kann, als vorgesehen oder ob die Abgabe des Gebäudes an den Landkreis für die Stadt Plauen die günstigere Variante wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass im Zuge der Kreisreform ein vom Landkreis gewünschter Mietvertrag vom Stadtrat beschlossen wurde. Es erfolgte kein Eigentumsübergang an den Landkreis.

Herr vom Hagen antwortet, dass die Darstellung der Personalentwicklung im Betriebsausschuss des EB GAV (Finanzausschuss) erfolgen wird. Zur Problematik zu Instandsetzungsaufgaben am Asylbewerberheim teilt er mit, dass ein entsprechender Änderungsantrag der Fraktion zum Haushaltsplan 2014 unter Angabe einer Deckungsquelle möglich wäre. Seitens der Stadt Plauen bestünde kein Widerstand, wenn der Landkreis beabsichtigen sollte, das Gebäude zu übernehmen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., spricht das Thema Veräußerung von Wald in den Jahren 2016/2017 an. Seiner Meinung nach ist der Wald zu niedrig bewertet worden.

Herr vom Hagen antwortet, dass die Erlöse aus Waldverkäufen im Wirtschaftsplan auch mittelfristig nicht berücksichtigt. Falls eine Veräußerung von Wald vorgesehen sein sollte, ginge dies nicht zu Lasten des Waldes, der durch den EB GAV bewirtschaftet wird, noch wurden entsprechende Einnahmen eingeplant.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen für das Wirtschaftsjahr 2014 mit Erträgen in Höhe von 18.923.798 EUR, Aufwendungen in Höhe von 19.095.363 EUR und somit mit einem Verlust in Höhe von 171.565 EUR im Erfolgsplan, mit einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 177.350 EUR, mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von 186.800 EUR und einem Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 92.187 EUR im Liquiditätsplan.
2. Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 0 EUR festgesetzt.
3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 EUR festgesetzt.
4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500.000 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-11

**3.9. Vorzeitige Ablöse von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet "Burgstraße"
Drucksachenummer: 826/2013**

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bittet darum, dass die Betroffenen rechtzeitig von der Möglichkeit der Verfahrensnachlässe informiert werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass jeder Betroffene angeschrieben wird.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. die Durchführung des vorzeitigen freiwilligen Ablöseverfahrens gemäß § 154 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen für Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet „Burgstraße“ vom 01.01.2014-31.12.2016
2. nachfolgende Verfahrensnachlässe zu gewähren
 - 20 % Verfahrensnachlass für Zahlung vom 01.01.2014-31.12.2014
 - 15 % Verfahrensnachlass für Zahlung vom 01.01.2015-30.06.2015
 - 10 % Verfahrensnachlass für Zahlung vom 01.07.2015-31.12.2016

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-12

**3.10. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für die Grundausrüstung der städtischen Wasserwehr
835/2013**

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Auf Anfrage von Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., woher die Finanzierung für diese Aufwendungen kommt, antwortet Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, dass hier von der Stadt Plauen eine Vorfinanzierung getätigt wurde, welche nunmehr durch Refinanzierung vom Freistaat Sachsen ausgeglichen wird. Da nicht klar war, wann der Freistaat Sachsen die Forderungen der Stadt Plauen begleichen würde, konnte dies nicht eingeplant werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 15.900 EUR sowie außerplanmäßiger Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 44.100 EUR für die Ausrüstung der städtischen Wasserwehr.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 49/13-13

4. Verschiedenes

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, fragt nach, ob es den „City-Hausmeister“ für die Plauener Altstadt wieder geben soll oder ob ein ähnliches Projekt angedacht ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Beantwortung im nächsten Stadtbau- und Umweltausschuss zu.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, informiert über die unzumutbaren Zustände in einem Klassenzimmer in der Herbartschule. Dieser Raum war vor längerer Zeit als Unterrichtsraum für die Medienstelle vorgesehen. Diesen Raum würde nunmehr der Hort der Herbartschule als Materiallager nutzen. Es wäre günstig, wenn man keine weitere Installation vornehmen würde, sondern das jetzige Archiv in diesen Raum umlagern.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, um Besichtigung dieser Situation.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob mit dem Kreistagsbeschluss vom 05.12.2013 das Thema Abfallgebühren für die Stadt Plauen ad acta gelegt.

Nach Meinung von Stadtrat Jäger ist damit der Stadtratsbeschluss vom 05.09.2013 zwar weitergegeben aber nicht erfüllt worden.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass der Beschluss des Kreistages zur Abfallgebührensatzung für 5 Jahre gültig ist und danach können neue Vorschläge vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer hätte gerne ein Müllentsorgungssystem für das gesamte Vogtland mit gleicher Gebühr für alle Vogtländer eingeführt. Er wird sich zur Wahl als Kreisrat zur Verfügung stellen und sich dann persönlich dafür einsetzen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., schlägt vor, eine Möglichkeit zu finden, dass Politik für interessierte Jugendliche einfacher oder besser zu verstehen ist. Vielleicht wäre es in diesem Zusammenhang möglich, z. B. den Haushalt der Stadt grob auf weniger Seiten zusammen zu fassen.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Rainer Maria Kett
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Karl-Jörg Rößiger
Stadtrat